

Staatlich geförderte Abzocke

Studie belegt: Riester-Rente lohnt sich frühestens mit 99 Jahren. Wer früher stirbt, beglückt die Finanzindustrie. Regierung plant Verschlimmbesserung

Von Ralf Wurzbacher

Die Allianz bewarb einst die staatlich geförderte, kapitalgedeckte Altersvorsorge der Sorte Riester mit: »Die Rente, die nie ausgeht.« Heute weiß man: Riestern bringt nichts und sollte man sich sparen. Die »Bürgerbewegung Finanzwende« hat das ganze Desaster in einer am Mittwoch veröffentlichten Studie durchgerechnet und einen »dramatisch schlechten Kundennutzen« ermittelt. »Viel zu viele Menschen werden mit ihren Riester- und Rürup-Verträgen reale Verluste einfahren«, befand Britta Langenberg, die bei dem Verband den Bereich Verbraucherschutz leitet. Aber die Bundesregierung hat Besserung gelobt, mit einer »Reform« sollen die Produkte attraktiver werden. Das Problem: Das geplante Upgrade ist mithin so schlecht wie das Original.

Im Dezember hatte das Bundeskabinett die Vorlage von Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) für ein »Altersvorsorgereformgesetz« auf den Weg gebracht. Kernstück ist die Einführung eines Altersvorsorgedepots ohne Garantievorgaben. Faktisch sollen Sparer mehr Rendite erzielen können, jedoch bei größerem Risiko. Im Fall von Riester sind die Versicherer laut Gesetz verpflichtet, die eingezahlten Beträge samt öffentlichen Zulagen bei Renteneintritt zu 100 Prozent für die Verrentung zur Verfügung zu stellen. Weil das die Profite beim Spekulieren schmälert, setzen die Anbieter auf hohe Gebühren und fiese Kniffe, um die späteren Auszahlungen zu minimieren. »Finanzwende« hat die möglichen Erträge eines 37jährigen Musterkunden bei insgesamt 96 Riester- und Rürup-Rentenversicherungen kalkuliert. Um wenigstens das gesamte eingezahlte Geld inflationsbereinigt zurückzuerhalten, muss man bei Riester mindestens 99 Jahre alt werden, bei Rürup 96 Jahre.

Bei solchen Aussichten sollten Normalsterbliche ihren Spargroschen lieber unter dem Kopfkissen deponieren, so wandert das »Eingezahlte« nach dem Ableben wenigstens nicht zum Versicherer. Laut Analyse bleiben im Mittel »35 bis 45 Prozent« des Kapitals beim Anbieter. Für Studienautor Moritz Czygan sind die Befunde jedenfalls »ernüchternd«. Fast zwei Drittel der Angebote schafften die Zwei-Prozent-Hürde nicht, machten also nicht einmal den langfristig fälligen Wertverlust durch die Inflation wett. »Die Latte liegt wirklich nicht besonders hoch«, es gehe lediglich darum, dass die Betroffenen kein Geld verlieren. Genau das aber tun die allermeisten, was sich herumgesprochen hat. Von den anfangs über 20 Millionen Abschlüssen bestanden Ende 2024 nur mehr knapp 15 Millionen. Bis zu einem Viertel davon sind ruhend gestellt, es werden also keine Beiträge mehr geleistet. Wer so

verfährt, rettet immerhin seine bis dahin erhaltenen Zulagen und Steuervorteile. Wer komplett kündigt, muss diese zurückerstatten.

»Finanzwende« fordert einen »Systemwechsel«, weg vom Dschungel aus zahllosen Varianten hin zu einem einzigen kostengünstigen und staatlich organisierten Standardangebot. Union und SPD verfolgten das Konzept dagegen nur dem Namen nach, demnach könne jeder Versicherer »ein eigenes Standardprodukt auflegen, das Ergebnis werden zig zusätzliche Angebote sein - und damit ein noch unübersichtlicherer Markt«. Kritik äußert der Verband auch am vorgesehenen Kostendeckel in Höhe von 1,5 Prozent. Schon heute liege der Aufpreis bei typischen Riester-Tarifen gemäß Untersuchung bei 1,46 Prozent. Um die Begehrlichkeiten einzugrenzen, brauche es eine »deutlich niedrigere« Schwelle von maximal einem halben Prozent. »1,5 Prozent deckeln nichts, sondern zementieren nur die existierenden Missstände«, monierte Langenberg.

Tatsächlich folgt die politisch angepeilte Riester-Abwicklung dem Kalkül, die Bürger noch stärker als bisher ins Vabanquespiel zu treiben. Zum Beispiel soll es Produkte geben, die nur 80 Prozent der Einzahlungen garantieren, aber bei günstigem Verlauf deutlich höhere Erträge in Aussicht stellen. Der Finanzprofessor und Verbraucherschützer Hartmut Walz plädiert hingegen für möglichst viel Staat und fordert deshalb einen Kostendeckel von maximal 0,2 Prozent. Alles darüber bedeute eine Umverteilung staatlich subventionierten privaten Altersvorsorgevermögens zugunsten der Finanzindustrie - mit gesamtwirtschaftlichen »Verlusten für die Bürger in Billionenhöhe«, zitierte ihn am Donnerstag das Portal [Versicherungsjournal.de](http://www.versicherungsjournal.de). »Hoffentlich Allianz versichert«? Besser nicht!

<https://www.jungewelt.de/artikel/519087.riester-rente-lohnt-nicht-staatlich-geförderte-abzocke.html>